

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Verdi muss den Weg für eine Tarifeinigung freimachen

- **Ulrich Sieber: „Wir können erst dann über Gehalt reden, wenn Verdi die Tarifagenda bei den Sachthemen deutlich verkürzt“**
- **Arbeitgeber lehnen Tarifregelungen zu Gesundheitsschutz und Anlegerschutzgesetz ab – Thomas Christian Buchbinder: „Themen sind bereits gelöst, kein weiterer tariflicher Regelungsbedarf“**
- **Samstagsregelung: Verdi hat bereits 2010 Gesprächen zugestimmt – Arbeitgeber: punktuell Chancen durch Samstagsarbeit nutzen, keine flächendeckende Einführung**

Berlin, 30. April 2012. Vor Beginn der dritten Tarifverhandlungsrunde im Bankgewerbe am 3. Mai in Frankfurt/Main fordern die Arbeitgeber die Gewerkschaft Verdi auf, ihr umfangreiches Forderungspaket aufzuschneiden und damit den Weg für eine Tarifeinigung freizumachen. „Wir können erst dann über Gehalt reden, wenn Verdi die Tarifagenda bei den Sachthemen deutlich verkürzt“, sagt Ulrich Sieber, Verhandlungsführer der Banken-Arbeitgeber. Insbesondere sei es nicht nachvollziehbar, warum Verdi weiter einen Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz und Tarifregelungen zu Konsequenzen aus dem Anlegerschutzgesetz fordere. „Beide Themen sind bereits gelöst, es gibt hier keinen weiteren tariflichen Regelungsbedarf“, sagt Thomas Christian Buchbinder, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft öffentlicher Banken.

Beim Gesundheitsschutz verweisen die Banken-Arbeitgeber auf die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung im Jahr 2010; damit hätten die Tarifparteien einen guten und weiterhin tragfähigen Kompromiss gefunden, der nicht schon nach zwei Jahren durch Nachlegen neuer Forderungen in Frage gestellt werden dürfe.

Beim Anlegerschutzgesetz sei beim besten Willen nicht zu erkennen, welches Risiko ein pflichtbewusster Arbeitnehmer zu tragen hätte: Bevor die Behörde Maßnahmen gegen einen Bankberater ergreifen könne, müsse sie in einer strengen Einzelfallprüfung eindeutig nachweisen, dass der Mitarbeiter nicht nur objektiv, sondern auch ganz bewusst seine Pflichten verletzt habe. Ulrich Sieber: „Sanktionen der Bankenaufsicht können nur

schwarze Schafe betreffen. Um mehr geht es nicht. Für Mitarbeiter, die sich an die Vorgaben der Bank halten und nicht vorsätzlich ihre Pflichten verletzen, besteht kein Risiko. Deshalb brauchen die Tarifparteien auch keinen weiteren Schutz aufzubauen.“ Darüber hinaus hätten die Banken ein ureigenes Interesse an guten Kundenbeziehungen. Thomas Christian Buchbinder: „Wir wollen zufriedene Kunden und sind deshalb ohnehin bestrebt, jegliche Beschwerde zu vermeiden.“

Presseinformation

Berlin, 30. April 2012
Seite 2

Zum Thema Samstagsarbeit verweisen die Arbeitgeber darauf, dass Verdi bereits 2010 Gesprächen über eine neue Samstagsregelung bis zum Jahresende 2012 zugestimmt hat. Das Thema stehe also offiziell auf der Agenda für dieses Jahr und komme für keine der Tarifparteien überraschend. Wenn Verdi ihre Zusage einhalte, seien die Arbeitgeber bereit, auch über das Thema Vorruhestand zu sprechen.

Die Arbeitgeber betonen, bei einer neuen Samstagsregelung gehe es nicht um die flächendeckende Einführung von Samstagsarbeit. Die Banken wollten vielmehr ganz gezielt Geschäftschancen nutzen, die sich in bestimmten Regionen oder an bestimmten Orten durch Beratungsangebote an Samstagen ergäben. Ulrich Sieber: „Eine neue Samstagsregelung soll Chancen eröffnen und keine Belastungen erzeugen, zumal wir nur über eine begrenzte Zahl von Beschäftigten reden.“

Hinweis an die Redaktionen:

Die Tarifverhandlungen im privaten und öffentlichen Bankgewerbe gehen am Donnerstag, 3. Mai 2012, in Frankfurt/Main in die dritte Runde (Beginn: 13:00 Uhr). Die Pressestelle der Banken-Arbeitgeber ist unter folgender Tagesadresse erreichbar: Hotel Holiday Inn Frankfurt City-South, Mailänder Straße 1, 60598 Frankfurt/Main, Tel. (069) 6802 2685 oder 6802 469, Mobil (0176) 2293 1339.

Der AGV Banken führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken. Die Verhandlungsgemeinschaft vertritt insgesamt rund 230.000 Beschäftigte.

Dem AGV Banken gehören rund 130 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit 150.000 Beschäftigten an. Vorsitzender des AGV Banken ist Ulrich Sieber, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG.

Der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken gehören 50 Mitgliedsinstitute des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) an, unter anderem Landesbanken, Förderinstitute, Bausparkassen und einzelne Sparkassen. Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken ist Thomas Christian Buchbinder, Vorstandsvorsitzender der SaarLB.



Tarifgemeinschaft
Öffentlicher Banken

AGVBanken 

Arbeitgeberverband
des privaten Bankgewerbes

Pressekontakt:

Carsten Rogge-Strang
Geschäftsführer im AGV Banken
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74

Dr. Stephan Rabe
Pressesprecher beim Bundesverband Öffentlicher Banken
presse@voeb.de
Tel. (030) 8192 16-0

Presseinformation

Berlin, 30. April 2012
Seite 3